

Der Vollzugsdienst

2/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Kritik an der Impfstrategie für den Justizvollzug in einigen Bundesländern

BSBD-Pressemitteilung vom 8. März 2021

Seite 1

Heißes Eisen: Rentenreform – Wohin steuert die Politik ???

Verschiebung des Renteneintrittsalters Richtung 70. Lebensjahr?

Seite 4

Gemeinsam für den guten Zweck: Saarländische Justiz unterstützt „Brillen ohne Grenzen“

Ein vorbildliches Beispiel für europäisches Engagement

Seite 66

Mecklenburg-Vorpommern 3./4. Mai 2021

Saarland 5. Mai 2021

Hessen 11. Mai 2021

Bayern 22. Juni 2021

Personalratswahlen

WIR!

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

**Klartext !
für EUCH**

EURE WAHL
Hauptpersonalratswahl
11. Mai 2021



BADEN-WÜRTTEMBERG



RHEINLAND-PFALZ

HESSEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Auf ein Wort ...
Impfstrategien der Länder und Justizvollzug als elementarer Bestandteil der Inneren Sicherheit
- 1 BSBD kritisiert Impfstrategie für den Justizvollzug in einigen Bundesländern
- 2 BSBD warnt vor Sicherheitslücken im Justizvollzug durch COVID-19
- 3 Tarifvertreter der Länder tagen: Aufgaben und Tätigkeiten im Vollzug sind systemrelevant
- 4 Heißes Eisen:
Wohin steuert die Politik ???
Weitere Verschiebung des Renteneintrittsalters Richtung 70. Lebensjahr?

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 23 Berlin
- 27 Brandenburg
- 30 Hamburg
- 34 Hessen
- 42 Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Niedersachsen
- 47 Nordrhein-Westfalen
- 61 Rheinland-Pfalz
- 64 Saarland
- 67 Sachsen-Anhalt
- 69 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 68 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN
der Ausgabe 3/2021:



15. Juni 2021

Auf ein Wort...

Impfstrategien der Länder und Justizvollzug als elementarer Bestandteil der inneren Sicherheit

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie schön wäre es in unserer Zeitschrift wieder ausschließlich über Sachthemen zu berichten, die sich nicht mit der Pandemie-situation beschäftigen, die unsere Arbeitssituation in „normalen Zeiten“ verbessern sollen und den Justizvollzug in Sach- und Fachfragen weiter voranbringen.

Noch immer sind die Themen wie Gewalt gegen Bedienstete, das Erbringen „vollzugsfremder Leistungen“ für andere Behörden und die Auswirkungen des Föderalismus für den deutschen Justizvollzug auf unserer Agenda. Fortschritte in diesen Zeiten erfolgen aber nur in Trippelschritten.

Corona ist nach wie vor das alles bestimmende Thema. Die Auswirkungen des Föderalismus auf den Justizvollzug sind eine Katastrophe für viele Bundesländer, wie unsere Kolleginnen und Kollegen in einigen Ländern wieder leidvoll erfahren müssen. Es gab klare Vorgaben zur Impfpriorisierung und die vorrangige Einstufung der Bediensteten des Justizvollzuges beim Impfen gegen Corona. Offensichtlich wurden nach gezielter Lobbyarbeit und durch politische Opportunität die Priorisierung erneut geändert. Nur einige Länder blieben ihrer Impflinie treu.

Aus diesem Grund warnte der BSBD in Pressemeldungen erneut davor, den Justizvollzug als system- und sicherheitsrelevante Komponente der inneren Sicherheit zu vernachlässigen. Die damit verbundenen Sicherheitsrisiken schaffen Lücken im System, die im schlimmsten Fall die Verunsicherung in der Bevölkerung verstärken.

Mittlerweile sind weitere Länder, außer den in der Pressemeldung vom 08.03.2021 genannten, zur Impfung des Justizvollzugspersonals übergegangen, aber bei Weitem noch nicht alle. Somit bleiben unsere Pressemitteilungen (Stand Redaktionsschluss 15.03.2021) aktuell.

René Müller,
BSBD-Bundesvorsitzender



Pressemitteilung vom 08.03.2021

BSBD kritisiert Impfstrategie für den Justizvollzug in einigen Bundesländern

Nachdem die von schweren Auswirkungen der Pandemie betroffenen höheren Altersgruppen sowie das medizinische Personal und die Pflegekräfte geimpft wurden, sollten unisono die Sicherheitskräfte u. a. im Justizvollzug geimpft werden. Offensichtlich folgt die Bundespolitik und größtenteils auch die Landespolitik einem neuen Credo und stellen Lobbyismus und Wahlkampfaktik vor den Schutz der Vollzugsmitarbeiter und den Schutz der Bevölkerung. Anders erklärt sich die weitere Verschiebung der Impfung den Mitarbeiter*innen im Vollzug nicht.

Nur wenige Bundesländer, wie bspw. Rheinland-Pfalz, Thüringen, Brandenburg, Hamburg und voraussichtlich Hessen bleiben nach BSBD-Informationen der Impflinie treu und haben für sich erkannt, dass der Justizvollzug elementarer Bestandteil der inneren Sicherheit ist. Sie impfen die Sicherheitskräfte zeitgleich und in Prioritätsgruppe II, somit auch den Justizvollzug.

Nach zusätzlich gesicherten Informationen sind weitere Justizministerien um eine Impfung des Justizvollzugspersonals bemüht und stoßen in den eigenen Reihen auf Ignoranz und Widerstand oder auf die Verhinderungstaktik anderer Behörden. Geht es um politische Umfragewerte in Zeiten der Pandemie? Klar der Justizvollzug kann in der Wählergunst und in der öffentlichen Wahrnehmung

mit Bildung und sozialen Themen nicht mithalten, denn Wahlkampf wird nicht mit Strafvollzug gemacht. Also liegt es offensichtlich an wahlkampfaktischen Manövern und nur in zweiter Hinsicht am Impfstoffbedarf. Dabei sollte gerade seitens der Gesundheitsbehörden ein ureigenes Interesse bestehen, die Fallzahlen im Justizvollzug niedrig zu halten, sofern sie politische Schützenhilfe leisten müssen. In keinem anderen Bereich außerhalb des Maßregelvollzuges und der Psychiatrie sind Menschen unfreiwillig und auf engstem Raum durch staatliche Rechtsprechung eingesperrt, müssen versorgt, gepflegt und dazu noch sicher verwahrt werden.

Kein anderer Bereich unserer Gesellschaft übernimmt zeitgleich Versorgung, Ausbildung, psychische und physische Betreuung von Menschen, die zum Teil schwerstkriminell, aggressiv und psychisch auffällig sind, die zum Teil direkt von der Straße, aus der Drogenszene, dem Obdachlosenmilieu, verwahrlosten Zuständen oder bei der Einreise in die Bundesrepublik auf richterliche Anordnung oder zur polizeilichen Verwahrung in einer Justizvollzugsanstalt untergebracht werden müssen. Nur sehr wenige wurden vor der Inhaftierung einem Arzt außerhalb des Vollzuges vorgestellt oder wurden auf Corona getestet.

In den Anstalten wurden Quarantänestationen errichtet, auf denen neue Inhaftierte und/oder SARS-CoV-Verdachtsfälle untergebracht werden, deren Versorgung vornehmlich Vollzugspersonal ohne medizinische Ausbildung gewährleistet.

In keinem anderen Bereich unserer Gesellschaft wird trotz Corona der Resozialisierungsgedanke weiter verfolgt, begleitet durch Besuche innerhalb und außerhalb der Vollzugsanstalt, durch notwendige Aus- und Vorführungen in medizinische, staatliche und private Einrichtungen und durch Vollzugspersonal sichergestellt. Der Justizvollzug gehört zu dem Arbeitsbereich, in dem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur sehr bedingt schützen können, in dem Mindestabstände nicht einzuhalten sind und in denen sie sich bei



Eine COVID-19-Infektion in einer JVA macht umgehend ein umfangreiches Quarantänemaßnahmenpaket erforderlich.

Gefahr nicht zurückziehen können. In dem auch unter Einsatz der körperlichen Unversehrtheit der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden muss. Impfungen des Personals sind somit notwendig und folgerichtig.

Bei Tötlichkeiten unter Gefangenen oder gegenüber dem Vollzugspersonal sowie bei Fluchtversuchen ist ein Zugriff seitens der Mitarbeiter alternativlos. Dabei zwischen infektionsfreien oder infizierten Inhaftierten zu unterscheiden ist unmöglich, da in Sekunden sicherheitsrelevante Entscheidungen getroffen werden müssen. Auch im vergangenen Jahr kam es zu zahlreichen Übergriffen durch Gefangene, in deren Verlauf Bedienstete auch bei nachweislich Infizierten unmittelbaren Zwang anwenden mussten und sich in Folge der körperlichen Auseinandersetzung selbst in Quarantäne begaben. Immer



Impfungen für die Mitarbeiter*innen im gesamten deutschen Justizvollzug sind dringend notwendig! Foto: © alex.pin/stock.adobe.com

wieder bringen Infektionen die Vollzugsanstalten an den Rand des Möglichen bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, da bereits eine Infektion innerhalb der Kollegenschaft oder bei Gefangenen ein umfangreiches Quarantänemaßnahmenpaket erforderlich macht.

In der Vergangenheit hat der BSBD auf die desaströsen Personalbestände hingewiesen, diese verringern sich bei jeder vermuteten oder nachgewiesenen Infektion um ein Vielfaches, so dass der Personalbestand häufig unterhalb der benötigten Limits liegt.

Die Versorgung der Gefangenen sowie die zeitgleiche Gewährleistung des Dienstbetriebes und damit der Sicherheit einiger Anstalten ist damit stark gefährdet. **Ein Infektionsausbruch in einer JVA mit schweren Verläufen, gerade durch die eng-**

liche oder südafrikanische SARS-CoV-Mutation, hätte verheerende Folgen. Eine derartige Entwicklung verbreitet sich in einer JVA rasend schnell. Die medizinische Versorgung muss in der Regel in externen Krankenhäusern erfolgen und die dortige Bewachung wird von Vollzugsmitarbeitern übernommen. Dies ist eine zusätzliche Belastung für die medizinische Versorgung und den Sicherheitsbereich Justizvollzug.

Im Justizvollzug ist es nicht möglich, die Sicherheit temporär herunterzufahren, die Außensicherung zeitweise zu vernachlässigen, Gefangene umschichtig zu inhaftieren und Langstrafen nur tageweise zu vollstrecken. **Sollen die Vollzugsanstalten die Außenkontakte für Gefangene komplett einstellen, auf Anwaltsbesuche verzichten und die medizinische Versorgung dem Zufall überlassen und die Sicherheit per Ferndiagnose herstellen?**

Ist dies so gewünscht?

Der Politik sollte sehr daran gelegen sein, eine stabile Lage in den Justizvollzugsanstalten zu gewährleisten, denn die Situation droht zu eskalieren und zur Gefahr für die Bevölkerung zu werden. Seit Ausbruch der Pandemie kam es bereits in einigen Anstalten zu Unruhen, die durch Vollzugspersonal und das Einlenken von Gefangenen unter Kontrolle gebracht werden konnten.

Muss die Situation erst eskalieren, müssen erst Menschen verletzt werden, muss es dazu führen, dass Gefangene die Gunst der Stunde nutzen und die Situation zur Flucht missbrauchen? Muss die Bevölkerung unnötig in Gefahr gebracht und beunruhigt werden? Ein zu drastisches Horrorszenario? Keinesfalls, wie uns die Geschehnisse in italienischen Gefängnissen im März des letzten Jahres und in weiteren Teilen der Welt eines besseren belehrten.

Da die Bundesregierung und das Bundesjustizministerium es nicht schaffen, den Justizvollzug einheitlich und prioritär zu impfen, richtet sich der BSBD an die Landesregierungen und politisch Verantwortlichen der Länder, in denen das Problem noch nicht erkannt ist.

Impfungen für die Mitarbeiter*innen im gesamten deutschen Justizvollzug sind notwendig!

Jetzt!

*BSBD-Bundesvorsitzender
René Müller*

Pressemeldung vom 07.03.2021

BSBD warnt vor Sicherheitslücken im Justizvollzug durch COVID-19

Die Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) warnt vor der Entstehung von Sicherheitslücken in deutschen Justizvollzugsanstalten. Die Pandemie breitet sich auch im deutschen Justizvollzug weiter aus. Bereits seit Pandemieausbruch herrscht in den Vollzugsanstalten eine sehr angespannte Lage. Mit großer Sorge sieht die Gewerkschaft die zunehmenden Infektionszahlen der s. g. zweiten Covid-19 Welle im Justizvollzug beim Vollzugspersonal und bei Gefangenen. Bislang ist es gerade so gelungen, die Sicherheit in den deutschen Haftanstalten zu gewährleisten. Ein weiterer Ausfall von Justizvollzugspersonal durch Infektionen und Quarantänemaßnahmen führt in den Haftanstalten schnell zu sicherheitsrelevanten Problemen bei der Innen- und Außensicherung. Vor allem unter den Gefangenen entsteht durch ein Infektionsgeschehen innerhalb einer Anstalt eine große Unsicherheit, die zusammen mit den Corona-bedingten Einschränkungen schnell zu einer größeren Unruhe führt. Mit eigenen Kräften einer Justizvollzugsanstalt ist diese dann nicht mehr händelbar.

Durch die räumliche Enge und die zum Teil antiquierten Haftanstalten wird die Verbreitung einer Infektion noch begünstigt. Das bereits jetzt kaum vorhandene medizinische Personal in den Vollzugsanstalten kann eine medizinische Versorgung von Gefangenen mit einer stark ausgeprägten COVID-Symptomatik nicht gewährleisten, so dass auf außervollzugliche medizinische Einrichtungen zurückgegriffen werden muss, das den für den Anstaltsbetrieb notwendigen Personalbestand durch notwendige Bewachungen weiter reduziert und die Krankenhauskapazitäten zur öffentlichen Versorgung verringert. Somit haben wir durch weitere Infektionen im Justizvollzug nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein sicherheitsrelevantes Problem.

*BSBD-Bundesvorsitzender
René Müller*

Mitgliederinformation

Aufgaben und Tätigkeiten im Vollzug sind systemrelevant

Anstehende Tarifverhandlungen stehen unter erschwerten Bedingungen

Am 29. Januar 2021 trafen sich die Tarifvertreter der Länder zu einer Videokonferenz. Thema war die bevorstehende Tarifverhandlung 2021.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der AG Tarif, Kollege Patzer und den Bundesvorsitzenden Kollege Müller, begann die Konferenz mit der Nachbesprechung zum Seminar in Fulda. Im Anschluss daran ging es an die Vorbereitung zur anstehenden Tarifverhandlung und den Forderungen an die TdL.

Es kristallisierten sich folgende Themen heraus:

- Anpassung und Erhöhung der Entgeltgruppen im AVD gemäß TV-L 12.2 auf E 8 und E 9. Die bisherigen Entgeltgruppen sind zweifellos nicht mehr zeitgemäß und stellen einen großen Unterschied bei gleichem Aufgabengebiet zu verbeamteten Kolleginnen und Kollegen im Vollzug dar. Zudem ist eine Anpassung an die erhöhten und erschwerten Aufgabengebiete in den einzelnen Bundesländern längst überfällig.
- Absicherung aller Angestellten im Justizvollzug mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung durch den Arbeitgeber oder mindestens eine Beteiligung bei den Kosten.
- Dynamische Zulage von 120 € monatlich für alle Pflegekräfte im Justizvollzug und in den Justizvollzugskrankenhäusern. Die dyna-



Die große Bandbreite der Aufgaben und Tätigkeiten im Vollzug muss endlich anerkannt werden. Foto: © Thomas Reimer/adobe.stock



Der Tarifvertreter der Länder trafen sich zu einer Videokonferenz.

Screenshot: BSBD

mische Zulage für den Pflegebereich ist überfällig.

- Weiterentwicklung der Entgeltordnung und Zulagen unter der Beachtung der Digitalisierung und der einzelnen Berufsbereiche **im gesamten Vollzug**. Die Weiterentwicklung der Entgeltordnung muss vorangetrieben werden. Der Vollzug hat sich in

gen. Beispielsweise stellt sich die Frage: wie viele Angestellte arbeiten in welchen Bereichen und mit welcher Eingruppierung? Zeitgleich muss dem TdL die sehr große Bandbreite unserer Aufgaben im Vollzug dargelegt werden. Die Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen ist systemrelevant und von sehr großer Bedeutung für unsere Gesellschaft.



- den letzten Jahren stark weiterentwickelt.
- Die Einkommensentwicklung der Beschäftigten der Länder ist hinter der in der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben.
- Erhöhung der DUZ, Schicht- und Wechselschichtzulage analog unserer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug.
- Zu einer prozentualen Erhöhung, Erhöhung um Mindestbeträge oder lineare Erhöhung der Entgelttabellen wird später beraten.

Diese Forderungen müssen wir nun mit Zahlen und Fakten für die TdL hinterle-



Es ist uns allen klar, dass gerade jetzt in Zeiten der Pandemie die Tarifverhandlungen unter erschwerten Bedingungen stehen.

Dennoch muss unser Auftrag, die Resozialisierung, Sicherheit und Ordnung und die damit verbundenen Aufgaben und Tätigkeiten, aller Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen dementsprechend endlich anerkannt werden. Die immer wiederkehrenden Lippenbekenntnisse helfen uns und unseren Kolleginnen und Kollegen nicht weiter.

Sönke Patzer

Vorsitzender AG Tarif im BSBD
Stellv. Bundesvorsitzender

Bundesgewerkschaftstag 2021

„Save the Date“ wäre eine sonst geeignete Überschrift und könnte kommentarlos veröffentlicht werden. Ein Bundesgewerkschaftstag bedarf frühzeitiger und sorgfältiger Vorbereitung sowie rechtzeitiger Planung.

Tatsächlich wurden bereits vor der COVID-19-Pandemie und damit frühzeitig im Zusammenwirken mit dem **BSBD-Landesverband Niedersachsen** Veranstaltungsorte sondiert.

Als hervorragend geeignet bestätigte sich die **Tagungsstätte „Hotel Park Soltau“ in Soltau** und die Kapazitäten wurden für den **10./11. November 2021** vor der Pandemie vertraglich vereinbart und reserviert.

Natürlich stellt sich die Frage, ob die Pandemie bis zu diesem Zeitpunkt erfolgreich bekämpft und „Normalität“ in den Alltag eingekehrt ist, so dass wir ruhigen Gewissens eine erfolgreiche Tagung durchführen können.

Mit dieser Frage beschäftigte sich auch der **BSBD-Bundeshauptvorstand**, mit dem einstimmigen Beschluss und dem klaren Auftrag an die Bundesleitung unseren Gewerkschaftstag weiter vorzubereiten und zum avisierten Zeitpunkt satzungskonform durchzuführen. Niemand vermag vorher zu sagen, wie sich die Lage bis November dieses Jahres gestaltet.

Es bleibt die Hoffnung, dass wir bis dahin bundesweit die Lage kontrollieren. Andernfalls wird der **BSBD** die Situation evaluieren und darauf reagieren.

Insofern bleibt es bei

„SAVE THE DATE“

BSBD-Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10./11. November 2021 in Soltau/Niedersachsen
Tagungs- und Übernachtungsstätte „Hotel Park Soltau“.



Foto: www.hotel-park-soltau.de

Heißes Eisen:

Wohin steuert die Politik???

Weitere Verschiebung des Renteneintrittsalters Richtung 70. Lebensjahr?

Bereits jetzt zeichnet es sich ab, dass das Thema „späterer Renteneintritt“ im bevorstehenden Bundestagswahlkampf ein gewichtiges Thema sein wird.

Zahlen und Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Die Zahl der Rentner (und auch der Pensionisten) wird immer größer, die Zahl der Beitragszahler immer kleiner und die Lebenserwartung immer höher. Deshalb weisen heute schon viele Experten und Politiker



Foto: © ferkelraggae/stock.adobe.com

Eine Rentenreform ist wohl unumgänglich.

darauf hin, dass eine längere Lebensarbeitszeit und damit die Erweiterung der Beitragspflicht eine logische Konsequenz wäre.

Aber ist diese Lösung nicht eine versteckte Rentenkürzung? Sicher gibt es eine nicht geringe Zahl an Beschäftigten, die auch bei einem Eintritt in die Rente mit 70 noch belastbar und gesund sind. Aber was ist mit denjenigen, die schon um die 60 ihren Beruf nicht mehr oder nur stark eingeschränkt ausüben können?

Denken wir z. B. an Handwerker, die bei jeder Witterung ihre häufig schwere körperliche Arbeit verrichten müssen, oder an die Kolleginnen und Kollegen, die sieben Tage in der Woche rund um die Uhr ihren Dienst leisten?

Schon heute sind viele Kolleginnen und Kollegen der besonderen Altersgruppen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage, ihren Dienst bis zu ihrem Ruhestand vollumfänglich zu

leisten. Für all diese Betroffenen ist der Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand in der Regel mit einer nicht unerheblichen Renten- bzw. Pensionskürzung verbunden. Hinzu kommt noch, dass diese Betroffenen in der Regel nicht zu den Spitzenverdienern unserer Gesellschaft gehören.

Auch das ewige Argument, „private Vorsorge treffen“, geht schlichtweg an der Realität vorbei. Wie soll eine Familie mit mittleren Einkommen, vielleicht sogar noch in einem Ballungsraum mit hohen Lebenshaltungskosten lebend, dies bewerkstelligen? Sollte sich dies jemand dennoch leisten können, wird er sehr schnell bei der Ausschüttung im Rentenalter merken (z. B. Riesterrente), dass sich auch immer das Finanzamt mit freud und Gebühren und Inflation das Übrige getan haben, den erhofften Zuschuss zu schmälern.

Das sogenannte „Betongold“ ist für die Masse der Erwerbstätigen auch keine Alternative, da Immobilien für „Otto-Normalverdiener“ mittlerweile unerschwinglich werden (in Deutschland besitzen nur ca. 51 % Wohneigentum und liegen somit an vorletzter Stelle in Europa).

Dass eine Rentenreform in der nächsten Legislaturperiode kommen wird und muss, egal von welcher Partei oder Koalition initiiert, dürfte jedem klar sein. Dass eine Reform zeitgleich auch auf den Beamtenbereich übertragen wird, dürfte ebenfalls logisch sein. Sollten sich aber hier die politischen Stimmen durchsetzen, die eine Einbeziehung der Beamten in ein einheitliches System fordern, werden unsere Spitzenverbände stark gefordert sein, damit die bewährte jeweilige Eigenständigkeit des Renten- und Pensionsystems erhalten bleibt.

Dieses Mal wird es sicher einen ganz anderen Wahlkampf geben, den nicht nur Corona beherrschen sollte, sondern in dem auch unangenehme Themen angesprochen werden müssen. Die Zeit zum Verteilen von Wohltaten, im Hinblick auf die gigantische Steigerung unserer Staatsverschuldung, dürfte vorbei sein. Unsere Politikerinnen und Politiker müssen Farbe bekennen.

Das Wichtigste im Jahr 2021 dürfte allerdings für alle sein, bleiben Sie gesund.

*Für die BSBD-Seniorenvertretung
Wieland Meyer, Mitglied
des BSBD-Seniorenausschusses*